

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	11
§ 1 Einführung und Gang der Untersuchung	11
§ 2 Gründe für eine fehlerhafte Bestellung	15
I. Gründe für die Fehlerhaftigkeit eines Hauptversammlungswahlbeschlusses	16
II. Beispiele für Nichtigkeits- und Anfechtungsrisiken aus der jüngeren Rechtsprechung	18
§ 3 Terminologie	18
 <i>1. Teil</i>	
Entwicklung und Stand der höchstrichterlichen Rechtsprechung	21
§ 1 Entwicklung der Rechtsprechung	21
§ 2 Das BGH-Urteil vom 19.02.2013	23
 <i>2. Teil</i>	
Folgen der fehlerhaften Aufsichtsratswahl unter kritischer Würdigung des BGH-Urteils vom 19.02.2013	26
§ 1 Generelle Auswirkung auf die Beschlussfassung	26
I. Rechtsfolgen fehlerhafter Aufsichtsratsbeschlüsse im Allgemeinen	26
II. Mängel im Einzelnen	28
§ 2 Auswirkungen in besonders relevanten Fällen	31
I. Aufsichtsratsbeschlüsse als Anknüpfungspunkt für eine Entscheidung der Hauptversammlung	32
1. Einberufung nach § 111 III AktG	32
2. Beschlussvorschlag nach § 124 III 1 AktG	35
II. Jahresabschluss	37
III. Handeln des Aufsichtsratsvorsitzenden	38
1. Hauptversammlungsleitung	39
2. Mitwirkung bei der Anmeldung von Kapitalmaßnahmen	40
IV. Vorstandswahl	41
V. Vertretung	44
VI. Zustimmung des Aufsichtsrats gem. § 111 IV AktG	45

VII. Zustimmung des Aufsichtsrats bei der Ausnutzung genehmigten Kapitals	46
VIII. Sorgfalts- und Treuepflichten, Haftungsfolgen	47
1. Sorgfalts- und Treuepflichten trotz rückwirkend bzw. anfänglich nichtiger Bestellung?	47
2. Einordnung als Rückabwicklungsschwierigkeiten	50
§ 3 Zwischenfazit und Bewertung der aktuellen Rechtsprechung des BGH	50

3. Teil

Alternative Lösungsansätze (mit Ausnahme der Lehre vom fehlerhaften Organ) 54

§ 1 Ausnahme von der rückwirkenden Nichtigkeit bei erfolgreicher Anfechtung von Wahlbeschlüssen	54
§ 2 Beschränkte rechtliche Anerkennung von Beschlüssen infolge der Anwen- dung der Grundsätze über fehlerhafte Dauerschuldverhältnisse	55
§ 3 Lösung über (analoge) Anwendung des § 104 AktG	56
I. Direkte Anwendung des § 104 AktG	56
II. Analoge Anwendung	59
1. Planwidrige Regelungslücke	59
2. Vergleichbare Interessenlage	60
III. Zwischenfazit	61
§ 4 Bestätigung des Wahlbeschlusses der Hauptversammlung nach § 244 AktG ..	61
§ 5 Zwischenergebnis	62

4. Teil

Die Lehre vom fehlerhaften Organ als bevorzugte Lösung 63

§ 1 Meinungsstand in obergerichtlicher Rechtsprechung und Literatur	63
I. Obergerichtliche Rechtsprechung	63
II. Entwicklung des Meinungsstands in der Literatur	63
III. Differenzierung zwischen Anfechtbarkeit und Nichtigkeit?	66
§ 2 Dogmatische Grundlage	67
I. Einbeziehung in die Lehre vom fehlerhaften Verband	69
1. Grundlagen der Lehre von der fehlerhaften Gesellschaft – Entwick- lung und Begründung	69
a) Abgrenzung zur Lehre von der <i>faktischen</i> Gesellschaft	70
b) Rückabwicklungsschwierigkeiten als Anlass für die Anwendung der Lehre von der fehlerhaften Gesellschaft	71
c) Entwicklung	72

d) Dogmatische Begründung	73
aa) Rechtsprechung	73
bb) Lehre von der Beschränkung der Nichtigkeitsfolgen	74
cc) Von der Lehre von der Doppelnatürlichkeit zu einem verbandsrechtlichen Institut	74
2. Geltung der Lehre vom fehlerhaften Verband für den Beitritt	76
3. Ausdehnung auf verbandsrechtliche Organisationsakte	77
a) Rückabwicklungsschwierigkeiten	79
b) Dogmatische Begründung – Differenzierungskriterien für die Anwendung der Lehre vom fehlerhaften Verband auf andere Vorgänge als Gründung und Beitritt	80
aa) Statuskriterium der Rechtsprechung	80
bb) Differenzierung nach schuldrechtlicher und organisationsrechtlicher Seite	81
cc) Abstellen auf einschlägige Strukturelemente	81
dd) Stellungnahme	82
c) Ausdehnung der Lehre vom fehlerhaften Verband auf Strukturänderungen als Beispiel für Institutionenbildung im Gesellschaftsrecht	83
4. Ausdehnung der Lehre vom fehlerhaften Verband auf die fehlerhafte Organbestellung	86
a) Organisationsspezifische Rückabwicklungsschwierigkeiten als Grundlage für die Anwendung der Lehre vom fehlerhaften Verband	86
b) Ausschluss der Anwendung der Lehre vom fehlerhaften Verband insbesondere infolge mangelnden Vermögensbezugs bzw. fehlender Vergleichbarkeit zum Beitritt?	91
c) Herleitung der Voraussetzungen für eine Eingliederung der Lehre vom fehlerhaften Organ in die Lehre vom fehlerhaften Verband aus dem Geltungsgrund der Lehre vom fehlerhaften Verband als verbandsrechtliches Institut	94
d) Institutionenbildung	97
II. Kein übergreifendes Prinzip hinsichtlich fehlerhafter Dauerschuldverhältnisse	100

5. Teil

Wirkung der Lehre vom fehlerhaften Organ

101

§ 1 Anwendungsbereich von Rechtsscheinsgrundsätzen neben der Lehre vom fehlerhaften Organ?	101
§ 2 Abweichung von und damit Verstoß gegen die gesetzlich angeordnete rückwirkende/anfängliche Nichtigkeit des fehlerhaften Wahlbeschlusses bei Anwendung der Lehre vom fehlerhaften Organ	102

I.	Auswirkungen bei Strukturänderungen	104
II.	Entsprechende Geltung für fehlerhafte Organbestellung?	108
§ 3	Ergebnis: Kein Verstoß gegen die gesetzliche Nichtigkeitsanordnung	110

6. Teil

Tatbestandsvoraussetzungen und Beendigung der fehlerhaften Bestellung	111	
§ 1	Invollzugsetzung als Voraussetzung?	111
§ 2	Einschränkungen?	113
I.	Einschränkung der Lehre von der fehlerhaften Gesellschaft	114
1.	Einschränkung wegen höherrangiger Interessen der Allgemeinheit ...	114
2.	Einschränkung wegen höherrangiger Interessen besonders schutzwürdiger Personen	115
II.	Einschränkung der Lehre vom fehlerhaften Organ	116
1.	Einschränkung wegen höherrangiger Interessen der Allgemeinheit ...	116
2.	Einschränkung wegen höherrangiger Interessen besonders schutzwürdiger Personen	119
§ 3	Beendigung der Amtsstellung	122

7. Teil

Schluss	123	
§ 1	Fazit und Ausblick	123
§ 2	Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	124
Literaturverzeichnis	131	
Stichwortverzeichnis	141	